

Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische

Bezugspreis in der Stadt für 30 Tage monatlich 10 Mk., durch Boten bezogen monatlich 11 Mk., bei Postsendung monatlich 11,50 Mk. frei Haus. Erscheint wochentags nachmittags. Einzelnummer 50 Pf. Postfachkonto Leipzig 16654. Geschäftsstelle Hölterstr. 4. Für unerbetene Zusendungen wird keine Gewähr geleistet. Erfüllungsort Merseburg.

Anzeigenpreis Der Spelt. Millim. Spaltenraum 60 Pf. und Die laufende Monatsabrechnung wird vom Betreuer auf kleine Anzeigen bei deren Aufgabe mit 20 Pf. in Zahlung genommen. Abrechnung für 30 Tage bei Norm. Anzeigen täglich 11 Uhr vorm. Preis 100. Belegnummer u. berechn.

Zeitung für Stadt u.  Kreis Merseburg
(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger.)
Herausgeber Ludwig Valsch.
mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 35.

Freitag den 10. Februar 1922

162. Jahrgang

Der fragliche Termin für Genua.

Frankreich schlägt eine dreimonatige Vertagung vor

Paris, 10. Februar. Der Presse wurde gestern Abend die Note der französischen Regierung über die Konferenz von Genua übergeben, die an die Verbündeten gerichtet ist. Der allgemeine Inhalt der Note ist bereits aus den bisherigen Pressemeldungen bekannt. Frankreich verlangt darin, daß die sechs Mächte der Resolution von Cannes vom 6. Jan. gütlich zustimmen, ehe man sich in Genua an den großen Tisch setze. Frankreich stellt u. a. die Forderung auf, daß anlässlich festgelegt werden müsse, daß den Verbündeten im Falle des Scheiterns die Rechte aberkannt werden dürfen, die im Vertrag von Versailles gegeben wurden, daß heißt also, gegebenenfalls gegen Deutschland Zwangsmaßnahmen durchzuführen, die nicht als Selbstjustiz betrachtet werden dürfen. Außerdem wird darauf hingewiesen, daß jeder Staat, welcher bei Genua, wofür dem Völkerbund angehört, vor Ausbruch der Streitigkeiten zunächst Stillstand unterbreiten müssen. Die Note schließt: Es wurde in dem Vorlesenden bereits bemerkt, daß die Zeit sehr kurz ist, um ein so umfangreiches Programm vorzubereiten. Aus diesem Grunde scheint es möglich, eine Vertagung des Zusammentritts der Konferenz ins Auge zu fassen. Es müßten mindestens drei Monate vergehen, ehe man sich mit Aussicht auf Erfolg versammeln könnte. Andernfalls fehle man sich der Gefahr aus, sich in Verwirrung und Unordnung aufzulösen.

England fällt am 8. März fest.

London, 10. Februar. In einer Interpellationsfrage von Wedgwood Ben, ob die Regierung irgendwie verpflichtet sei, militärischen Maßnahmen gegen Deutschland für den Fall anzunehmen, daß Deutschland den im Londoner Ultimatum geforderten Zahlungen nicht nachkomme, bemerkte Lloyd George, es befänden keinerlei Verpflichtungen außer den im Versailles Vertrag vorgesehenen. Auf eine andere Anfrage des Abg. erwiderte Lloyd George, daß der Zeitpunkt der Konferenz von Genua auf den 8. März festgelegt worden sei. Unter den zahlreichsten Staaten, die die Einladung angenommen hätten, befanden sich Japan, Bel-

gien, Deutschland, Rußland, Holland und Spanien. Die französische Regierung hatte eine formelle Antwort auf die Einladung überreicht nicht für nötig. Von den britischen Dominionen, die eingeladen worden seien, hatten bereits Schweden, Australien und Neuseeland.

Italienische Vorbereitungen für Genua.

Rom, 10. Febr. Ungeachtet der Kabinettstrennung werden die Vorbereitungen zur Konferenz in Genua eifrig fortgesetzt. Der interministerielle Ausschuss hat zum protokollarischen Generalsekretär der Konferenz den früheren Vizepräsidenten der Regierung, Baron Bazzano, bestimmt, der zuletzt die Konferenz der österreichischen Nachfolgestaaten in Porto Cervo geleitet hat.

Ein famoser „Ausgleichsvorschlag“.

Eine Vorberingung der Pariser Spezialkommission, die von der republikanisch-demokratischen und der sozialistischen Partei gebildet worden ist, um das Abkommen von Wiesbaden und die Anwendungen, die es zulasse, zu prüfen, wurde am Donnerstag vom Minister für die besetzten Gebiete veröffentlicht. Die Kommission ist einmütig der Ansicht, daß das Prinzip der Reparationen in natura beibehalten und ohne Bezug in die Praxis umgesetzt werden müsse, glaubt aber, daß der faktische Charakter, den man von beiden Seiten den Wiesbadener Abkommen gelassen habe, die Gefahr mit sich bringe, ein Hindernis für seine Verwirklichung zu bilden, und daß es vielmehr nötig sein werde, wenigstens in Deutschland gewisse, den faktischen Charakter dieses Abkommens einzufrachten. Im übrigen behalte der Wunsch, daß ein Kompromissabkommen eingeleitet werde, kraft dessen die französischen Produktionen einen Teil der in Deutschland aus diesen ausländischen Händen gemachten Beihilgen im Austausch für die deutschen Reparationen an die verbündeten Gebiete erhalten würde.

Wäre der Gehalt nicht veräußert, man wäre verführt, ihn herzlich dankbar zu nennen.

Tageschronik

Die Arbeit ist im ganzen Reich ausnahmslos wieder aufgenommen worden.
Der Reichsfänger gab gestern im Reichstage die Regierungserklärung über den Eisenbahnerstreik ab.
Es wird geplant, ein technisches Dienstjahr für die Beamten einzuführen.
Wegen der Zwangsanleihe wird wahrscheinlich nicht noch eine neue innere Anleihe aufgesetzt werden.
Frankreich fordert in einer Note an die Alliierten einen Ausschuß der Konferenz von Genua um drei Monate.

Weitere Besserung der Verkehrsfrage.

Recherall Wiederaufnahme der Arbeit.
Berlin, 10. Februar. Nach den gestern Abend dem Reichsverkehrsministerium vorliegenden Meldungen ist die Arbeit in den meisten Eisenbahndirektionsbezirken des gesamten Reiches ohne Verzögerung aufgenommen worden. Nur in den Bezirken Erfurt und Eisen sind die Arbeiter und Eisenbahnbeamten noch etwas unzufrieden. In Eisen fordert die Streikenden noch gewisse Garantien zu der Abregelungsfrage. Gegenwärtig werden etwa 30 Prozent des gewöhnlichen Personverkehrs wieder gefahren, während der Güterverkehr noch etwas im Rückstande ist. Man rechnet damit, daß Anfang nächster Woche der volle fahrplanmäßige Eisenbahndienst wieder im Gange sein wird. Im Eisenbahndirektionsbezirk Berlin konnte im Laufe des gestrigen Abends der Zugverkehr auf 55 bis 60 Prozent des Gesamtfahrplans gebracht werden. Der Schlußverkehr ist gestern nahezu nach allen Richtungen von Berlin aus aufgenommen worden. Im Bezirk Berlin ist die Hälfte aller vorhandenen Lokomotiven reparaturbedürftig.

Dresden, 10. Februar. Im Reich der Eisenbahndirektion Dresden haben sich Beamten und Arbeiter im Laufe des gestrigen Tages wieder zum Dienstantritt gemeldet. Die Arbeit hat sich reibungslos vollzogen. Die Betriebs- und Verkehrsfrage hat sich wesentlich verbessert. Die Mäntelung und Inbetriebnahme der Bahnhöfe ist im vollen Gange. Im Laufe des Tages konnten schon einige Personenzüge abgefertigt werden. Eine Vernehmung der Mächte für heute ist bestimmt zu erwarten.

Hamburg, 10. Februar. Auf dem Hamburger Hauptbahnhof ist der Betrieb überall im vollen Umfang wieder aufgenommen worden, doch sind bemerkenswerte Erweiterungen im Orts- wie Fernverkehr noch nicht bemerkt. Der Betrieb der Vorortzüge wird erst heute Freitag früh und auch dann erst im beschränkten Umfang wieder aufgenommen werden können. Die Abholung der technischen Beihilfen geht Zug um Zug vor sich und zwar ohne Verzögerung und Schwierigkeiten.

Alle Entlassenen der streikenden Eisenbahnen zurückgezogen?

Berlin, 10. Februar. Wie dem Berliner Total-Anzeiger um Mitternacht gemeldet wird, zielt auf den Verhören eine Befestigung des Reichsverkehrsministers, nach der alle Entlassenen von streikenden Beamten, mit Ausnahme der Führer Menn und Scharschwerdt zurückgenommen seien. Die Meldung ließ sich infolge der späten Nachtstunde nicht mehr nachprüfen.

Die Ursache für den plötzlichen Streikabbruch in Berlin.

Berlin, 10. Februar. Die Ursache für den plötzlichen Streikabbruch ist darin zu suchen, daß die Reichsregierung dem Streikaustritt und dem Lokalfriede der städtischen Arbeiter gestern am späten Nachmittag erklärte, wenn der Streik bis 9 Uhr abends nicht abgebrochen wird, wird die Regierung die gesamte Reichswehr, soweit diese durch den streikenden Eisenbahnerstreik freigegeben ist, und alle sonstigen Arbeiter, die entbehrlich sind, der Stadt Berlin zur Verfügung stellen.

Noch immer das „Loch im Westen.“

Die „wirtschaftlichen Sanktionen“ Offizieren der illegalen Warenimporte aus dem ehemals feindlichen wie neutralen Ausland über unsere Westgrenze vor und zur. Auch jetzt hat sich das „Loch im Westen“, das der überflüssigen deutschen Wirtschaft bereits zahllose Millionen entzogen hat, noch nicht völlig geschlossen. Die wirtschaftlichen Sanktionen sind zwar mit dem 30. September des Vorjahres offiziell aufgehoben worden; sie bestehen aber in Wahrheit in mehr oder minder veränderter Form noch weiter. Die Folgezeit am Rhein war in Sonderheit auf Betreiben Frankreichs erleidet worden. Sie diente und dient heute noch der „lokalen Durchsicherung“ der Artikel 264 bis 267 des Friedensvertrages, nach dem wir gegungen sind, erhebliche Warenkontingente aus Elsass-Lothringen, Luxemburg und vor allem Frankreich selbst unter besonders günstigen Bedingungen einzuführen. Zur „kontrollierten“ der deutschen Aus- und Einfuhr wurde das im Mai 1921 im Zusammenhang mit dem Londoner Ultimatum und der rechtsdienlichen Verhängung der Sanktionen erlassene Aus- und Einfuhrkontingent in dem zunächst nur „vorläufig“ bestimmt. Das Kontingent unterliegt, wie bekannt, demerit nach dem Maß, nach wie vor der Interalliierten Wirtschaftskommission. Nach der bekannten Note Briand sollte der einzige Zweck dieser Stelle sein, „Sicherungen dagegen zu schaffen und darüber zu wachen, daß nicht etwa das deutsche Ein- und Ausfuhrsystem hinsichtlich der Waren (Sonder eine Veranlassung der interalliierten Waren zur Folge habe.“ In Wahrheit diente und dient das Kontingent zum heute dazu, hochwertige, mit Rücksicht auf unsere Warenentwicklung für uns unerwünschte Handelsartikel und Luxusartikel, französischer Herkunft in erheblichen Mengen einzuführen, unter dem Mantel eines angemessenen Maßes, das eine entsprechende Auslösung der genannten Beschränkung zu vermeiden. Diese Maßnahme ist einseitig durch den französischen Wirtschaftswissenschaftler, der die Überwachungsstelle bereits eingerichtet hat, durch die Tatsache erfüllt, daß in dem Kontingent zwischen sehr und häufig ungenutzten Kontingentgegenständen für den Warenverkehr einleiten, zu deren Bearbeitung ein Personal von 500 Köpfen notwendig wäre.

Der Warenverkehr über unsere westliche Grenze vollständig liegt also nach wie vor ganz unter dem Einfluß und nach dem freien Ermessen von Organen der Verbändmächte. Hierdurch wird nicht nur der Austausch zwischen dem besetzten Gebiet und dem übrigen Reich ganz erheblich gehemmt, sondern auch andererseits unsere Balance geschädigt. Deutschland wird weiter bei seiner gerätlichen Finanzlage gezwungen, ausländische hochwertige Fertig- und Luxusgegenstände aufzunehmen, während es andererseits unter chronischem Rohstoffmangel zu leiden hat. Die Verhandlungen über die Aufhebung des unferne Wirtschaftsgesetzes betreffend Güterverkehr müssen nach kurzen Verhandlungen in Berlin wegen der hochgehenden Gegenforderungen der Alliierten abgebrochen werden. Heber den Erfolg weiterer entsprechender Schritte unserer Regierung in dieser lebenswichtigen Angelegenheit ist noch nichts bekannt geworden. Besonders grotesk wirkt es, daß man in der Verbandspresse die als notwendige Maßnahmen von uns bestimmte Anfangs-Einstellung und Zulassung von Warenpflicht als sogenannte „Diskrimination“, d. h. Vergehen gegen den Versailles Vertrag, ausgelegt, obwohl dieser, wie wir täglich sehen können, gerade von den Alliierten dauernd böswillig durchbrochen und absichtlich wirkungslos gemacht wird.

Der Fernverkehr über die westliche Grenze ist, wie es möglich war, durch die Streiklösung die Energie besah, die Arbeitswiederaufnahme anzuordnen. Die Lösung liegt darin, daß die sogenannte Kraftstimmung, die eine Zweidrittelmehrheit ergab,

nichts anderes als ein großer Beitrag war. Zunächst beteiligten sich an der Abstimmung von 355 000 Angehörigen nur etwa 30 000, so daß 25 000 durch die Streikenden schon befanden, daß sie den Streik nicht fortzusetzen wünschten. Trotz des robusten Terrorismus, der bei der Abstimmung ausgeübt wurde, gaben 7000 Stimmgäule zur Wiederaufnahme der Arbeit ab. Somit blieben gegenüber etwa 32 000 Arbeitswilligen noch 23 000 Streikwillige, und auch von diesen war der größte Teil mit Gewalt zur Stellungnahme für den Streik gezwungen worden.
Als Opfer der kommunikativen Streiklösung kamen etwa 5000 Arbeiter und Straßenbahner in Frage, die nicht wieder eingestellt werden können. Unter den während des Streiks neu eingestellten Arbeitern befinden sich viele Arbeiter, die

Landwirte!

Baut mehr und bessern Flachs!

Anbau-Verträge

nimmt entgegen die

Aktien-Malz-Fabrik Könnern

in Könnern a. S.

Erste Flachsbearbeitungs-Fabrik Mitteldeutschlands.
 Jahresverarbeitung 60.000 Zentner Strohflechs.
 —: Gewähr für Abnahme der Flächle. —:
 Auf Wunsch Uebernahme der Entriffelung.

Moderne große Saatreinigungs-Anlage.

Garantie für hochwertiges Saatgut.

Rücklieferung von hochwertigen Webwaren zu Fabrikpreisen!

Saatgut, Futterlein, Leinöl und Gelbkuchen.

Donnerstag Mittags erlöste Gott nach 2jährig, mit größter Geduld ertragenem Leiden unser einzigstes Glück, unsere Herzliche

Marlene

im 14. Lebensjahre.

Im tiefsten Weh

Kreistierarzt Dr. Volmer
und Frau Helene geb. Borgestdt.

Die Ueberführung nach Hannover findet am Sonntag, den 12. Februar, 1 Uhr, statt. Trauerfeier 12 1/2 Uhr Gothardstraße 35.

Verpachtung der Oberförsterei Halle a. O.

Försterei Schkenditz, Jagd 2, 6, 7 und Sammeltrieb, am Freitag, den 17. Februar 1922 vormittags 9 Uhr, im Bahnhofs-Hotel in Schkenditz:
 Eichen: 18 em Schik nuffol, 10 em I. Cl. und 8 em Pöten. 174 em Scheit, 21 em Knüppel, 62 em Reiter I. Cl., 172 em Reiter II. Cl., 9 em Bruchholz, 20 em Stöße.
 Eichen, Kiefern pp.: 88 em Scheit, 44 em Knüppel, 221 em Reiter I. und II. Cl.
 Erlen, Pappeln, Weiden: 7 em Scheit, 4 em Knüppel, 100 em Reiter II. Cl., 41 em Reiter IV. Cl.
 180 Weidenbündel I. Cl., 150 desgl. II. Cl.
 Das Holz ist für den örtlichen Bedarf der Umgebung bestimmt, Händler sind daher ausgeschlossen. Gebotbeträge bis zu 500 Mark müssen sofort im Termin bezahlt werden.

Verpachtung.

Der Termin zur öffentlichen meistbietenden Verpachtung der Jagd in dem gemeindefreihlichen Jagdgebiet der Gemeinde Wenditz in a. S. am **Sonntag, den 25. Februar 1922** nachmittags 4 Uhr im Städtischen Totale in Wenditz schließt Die Verpachtungsbedingungen werden im Termin bekannt gegeben. **Wenditz, den 6. Februar 1922.** Der Jagdvorsteher **Wittan.**

Stellerräume,

Einladung 1,2 Pferde mit Futterboden, Unterwand l. Wagen, Polsterung, Antiquarische, mögliche nahe Bahn, zu mieten gesucht. **Kirchstr. 10, W. P. 199 an die Exped. d. Bl.**

Einzel Zimmer. Offerten unter U. 2, 376 an die Exped. d. Blattes.

Gottesdienst-Anzeigen. Sonntag, den 12. Febr. 1922 (Septuagesima) Sonntag wird eine Kollekte für das Strohhaus „Johannesst.“ in Coesau, 88 predigen: Dom. Vorm. 10 Uhr: Dionysius Wulle. Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst. Nachm. 5 Uhr: Bayer. Jungg.

Donnerstag, abends 8 Uhr: Zehelstände in der Vorberg zur Heimat. Dionysius Wulle. **Freitag, abends 8 Uhr:** Zehelstände in der Vorberg zur Heimat. Dionysius Wulle. **Sonntag, abends 8 Uhr:** Zehelstände in der Vorberg zur Heimat. Dionysius Wulle.

Donnerstag, abends 8 Uhr: Zehelstände in der Vorberg zur Heimat. Dionysius Wulle. **Freitag, abends 8 Uhr:** Zehelstände in der Vorberg zur Heimat. Dionysius Wulle. **Sonntag, abends 8 Uhr:** Zehelstände in der Vorberg zur Heimat. Dionysius Wulle.

Donnerstag, abends 8 Uhr: Zehelstände in der Vorberg zur Heimat. Dionysius Wulle. **Freitag, abends 8 Uhr:** Zehelstände in der Vorberg zur Heimat. Dionysius Wulle. **Sonntag, abends 8 Uhr:** Zehelstände in der Vorberg zur Heimat. Dionysius Wulle.

Donnerstag, abends 8 Uhr: Zehelstände in der Vorberg zur Heimat. Dionysius Wulle. **Freitag, abends 8 Uhr:** Zehelstände in der Vorberg zur Heimat. Dionysius Wulle. **Sonntag, abends 8 Uhr:** Zehelstände in der Vorberg zur Heimat. Dionysius Wulle.

VEREINIGTE THEATER

Kammer-Lichtspiele Modernes Theater
 64, Ritterstraße 3. 64, Ritterstraße 1.
 Programme von Freitag bis Montag
Das große Radium-Geheimnis!
 3. Teil.
In der Gewalt eines Wahnsinnigen!
 Amerikan. Episoden-Film in 6 Episoden. Eine Geschichte voller Abenteuer.
 Spannende atemberaubende Handlung
Hierzu erstkl. Belprogramme.
Anfang Wochentags 5 Uhr. — Sonntags 3 Uhr.
 In den Kammer-Lichtspielen Sonntag ab 3 Uhr nachmittags **Jugend-Vorstellung.**

Swobol-Speder Merseburg

Sonntag, den 12. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Operette in 3 Akten von Ernst Springfeld. **Montag, den 13. Februar, abends 7 1/2 Uhr:** Zum 1. Male! **Das Mittelnormenoper.** Operette in 3 Akten von Ernst Springfeld. **Borokhan: Heier Keller 4, part., bei Hantisch.**

Klein Kunst-Bühne

Sonntag, abends 8 Uhr: **Die kleine aus der Hölle.** Operette in 3 Akten von Ernst Springfeld. **Montag, den 13. Februar, abends 7 1/2 Uhr:** Zum 1. Male! **Das Mittelnormenoper.** Operette in 3 Akten von Ernst Springfeld. **Borokhan: Heier Keller 4, part., bei Hantisch.**

Der Verein der Osmärker

Wächter Sonntag, abends 7 1/2 Uhr im „Hantisch“ **2. Jahrestagung** am 21. Februar 1922 abends 8 Uhr im „Hantisch“ **3. Jahrestagung** am 21. Februar 1922 abends 8 Uhr im „Hantisch“ **4. Jahrestagung** am 21. Februar 1922 abends 8 Uhr im „Hantisch“

Stadtweiser Halle.

Sonntag, abends 7 1/2 Uhr: **Die neuerzogen Frauen.**

Beilage zu Nr. 35 des Merseburger Tageblattes

Freitag, 10. den Februar 1922

Es gibt kein Streikrecht für Beamte.

Die Regierungserklärung im Reichstag.

Berlin, 9. Februar.

Um 2 1/2 Uhr nachmittags wird die Sitzung eröffnet. Am Regierungstisch: Reichszentraler Dr. Wirth, Dr. Croener, Dr. Hermes, Dr. Köster, Dr. Radbruch, Bauer, Giesberts, Robert Schmidt. Auf der Tagesordnung steht die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird mitgeteilt, daß der bekannte

Streikakt des Reichspräsidenten heute außer Kraft getreten sei. Diese Mitteilung wird von den Kommunisten mit Gelächter aufgenommen, das sich verstärkt, als der Präsident erklärt, daß dadurch die Anträge auf Aufhebung dieses Erlasses erledigt sind.

Abg. W. Hoffmann (Komm.) beantragt, einen neuen Antrag seiner Fraktion auf die Tagesordnung zu setzen, der die Einstellung aller Disziplinarverfahren gegen streikende Beamten verlangt.

Abg. Ledebour (U.S.) beantragt, diesen Antrag gemeinsam mit der Erklärung des Reichszentralen zur Aussprache zu stellen.

Der Präsident stellt das Einverständnis des Hauses damit fest.

Reichszentraler Dr. Wirth:

Nur die nächste und straffe Arbeitszeit, der Verzicht auf politische Romantik wie auf einseitige und egoistische Interessenvertretung kann uns über die schwere Zeit hinwegbringen, in der wir die eingeengten Mauern unseres Staates wieder aufbauen und vernichtungswillige Tendenzen des Auslandes abwehren müssen. Die ganze gespannte und entscheidungsvolle Phase in unserer Außenpolitik muß es dem ganzen Volke zur Pflicht machen, als Mitarbeiter hinter die Regierung zu treten oder ihre Arbeit wenigstens nicht leichtfertig zu stören. Nur ein arbeitendes, sparsames und in häuslicher Einigkeit und Ordnung lebendes Deutschland kann die auswärtige Politik führen, die wir für nötig halten, um uns überhaupt durchzusetzen.

In dieser Hinsicht ist in letzter Zeit schwer und wissenschaftlich gehandelt worden, und zwar von Elementen, die durch ihre Tätigkeit

und Stellung im Staate in erster Linie dazu berufen sind, den Staat zu schützen. Die Arbeitsverweigerung eines Teiles der Beamtenschaft nennt man nicht Streik, sondern Revolution in der Beamtenschaft. (Beifall und große Unruhe.) Dies ist eines der bedrückendsten Ergebnisse der letzten Jahre, dessen Folgen noch gar nicht abgesehen sind. (Sehr wahr.)

Der Reichszentraler schildert sodann in kurzen Zügen die Entwicklung der Streikbewegung, mehrfach von der Linken durch lebhafteste Zurufe unterbrochen, und weist besonders darauf hin, daß im erweiterten Vorstand der Reichsgewerkschaft der Streik mit nur 20 gegen 15 Stimmen bei einer Stimmenthaltung beschlossen wurde.

Der Reichszentraler sprach dann über die allgemeine Erhöhung der Gehälter und Löhne, die das Reich mit einem Mehraufwand von rund 16 Milliarden Mark belastet hat. Der deutsche Beamtenbund und die Spitzenorganisationen haben nochmals eine Neuregelung der Beamtensoldung verlangt, die eine weitere Belastung von 50 bis 60 Milliarden bedeutet hätte. Diese Forderungen konnten nicht für eine geeignete Grundlage für neue Verhandlungen angesehen werden. (Unruhe links.) Im allgemeinen gleichen die Gehälter und Löhne denen, wie sie von der Industrie bezahlt werden. Die Verhandlungen über Feuerungszuschüsse wurden trotz des Streikess weiter geführt und noch heute wird der Reichsrat sich mit einer entsprechenden Vorlage befassen.

Besprechungen auch mit den Spitzenorganisationen werden ergeben, ob nicht ein besonderes Gesetz für die Eisenbahn ein allgemeines Arbeitszeitgesetz erlassen werden soll. Die sachliche Grundlage des Streiks ist teils ungerechtfertigt, teils geringfügig, teils Gegenstand der bereits eingeleiteten Verhandlungen. Welche schweren Schlag die Idee des Berufsbeamtentums durch den Streik erlitten hat, läßt sich noch nicht übersehen. Die Reichsgewerkschaft setzte sich aber auch ins Klischee gegenüber dem gesamten deutschen Volke. (Zustimmung und lebhafter Widerspruch.)

Für den öffentlich angestellten Beamten gibt es kein Streikrecht (Stärklicher Widerspruch bei den Kommunisten), nicht weil sie Beamte sind, sondern weil sie ein Teil der Regierung sind. (Gelächter bei den Kommunisten.)

Die Verfassung gibt jedem Deutschen, auch den Beamten, das Recht zur Wahrung und Förderung der Arbeit und wirtschaftlichen Bedingungen, aber weder nach dem Wortlaut noch nach dem Sinn und Geist der Verfassung kann daraus abgeleitet werden, daß die Beamten entgegen ihrem

Dienst auch das Recht hätten, ihr Dienstgeschäft gemeinsam nieder zu legen. Die Eisenbahnbeamten sind übrigens lebenslanglich Angestellte. Sie erhalten ihr Gehalt im Voraus. Ein Streikrecht der Beamten ist aber auch unvereinbar mit einer geordneten Staatsverwaltung. Die Regierung erkannte aber auch die Pflicht des Staates an, durch die Fürsorge für die Beamten in den Grenzen des Möglichen dazu beizutragen, daß die Körper der Gewerkschaften sozial gesinnt bleiben. (Lärm bei den Komm.)

Die Regierung hat keinen Anlaß gegeben, dem Staat das Vertrauen zu kündigen und sich zu einer Aufrührerbewegung hinreißen zu lassen. Die Bewegung, die schweren Schaden angerichtet und der Regierung in dringendsten politischen Aufgaben die Hand gelähmt haben, ist zu Ende. Wir sind ihrer Herr geblieben. Ich denke dabei der süddeutschen Länder und ihrer Gewerkschaften, ich denke der Männer die sich als technische Nothilfe zur Verfügung gestellt haben. (Lebhafte Beifall rechts, Lärm in der Mitte, Lärm links, Rufe: Streikbrecher.) Sie nennen sie Streikbrecher, wir nennen sie Lebensretter. Leider haben einige dieser Leute durch Unfall ihr Leben lassen müssen. Mit der Streikendigung ist die Berordnung des Reichspräsidenten gegenstandslos geworden. Sie ist aufgehoben. Daß mit Aufhebung der Berordnung nun etwa das Streikrecht der Beamten frei würde, diesen Schlag wird die Regierung niemals zugeben können. Die Wege zur Arbeit sind wieder frei.

Auf Vorschlag des Präsidenten Loebe wird die Sitzung unter Protest der Kommunisten und Unabhängigen nach kurzer Debatte auf Freitag 1 Uhr vertagt.

Politische Rundschau

Der preussische Kultusetat vor dem Hauptauschuss.

Berlin, 9. Februar. Im Hauptauschuss des preussischen Landtages erklärte gestern bei Beratung des Kultusetales Minister Voelckig auf eine Anfrage: In Bayern schwebten Verhandlungen mit den päpstlichen Stellen über den Abschluß eines Konkordats. Preußen werde in der Frage analog vorgehen. Die Frage eines Konkordats zwischen dem Deutschen Reich und dem Papste habe das preussische Staatsministerium nicht zu beschäftigen. Aus den einzelnen Kapiteln des Etats ist besonders erwähnenswert, der Frage einer Landesbühnenorganisation näher zu treten. Erstmals wird im Haushalt 1922 eine Summe von drei Millionen Mark für diese Zwecke eingeteilt werden. Der Gesamtkultusetat wurde schließlich gegen die Stimmen der Kommunisten und Unabhängigen angenommen.



Freisprechung eines Redakteurs wegen Wahrung berechtigter Interessen.

Das Mannheimer Schöffengericht verhandelte gegen den Chefredakteur der „Neuen Badischen Landeszeitung“ Alfred Scheel, der wegen einer im Dezember 1920 erschienenen Notiz angeklagt war, in der der Staatsbeamte Kallenberger in Ludwigshafen beschuldigt wurde, Spitzeldienste für die französische Besatzung zu leisten. Kallenberger war im Bureau de la Place in Ludwigshafen beschäftigt. Die Beweisaufnahme war erschwert durch die Abwesenheit des

Hauptanklagungszeugen Brandner, der Kallenberger im Bureau de la Place kennengelernt hatte. Brandner ist unbekanntes Aufenthaltsort. Der Beweis der Spitzeldienste konnte nicht erbracht werden. Dennoch kam das Gericht zu einer Freisprechung des Angeklagten, da es ihm den Schutz des § 193 Wahrung berechtigter Interessen zubilligte. In der Begründung heißt es, daß nicht nur der Presse, sondern auch jedem Staatsbürger der Schutz dieses Paragraphen zugestanden werden müsse, wenn er, wie der Angeklagte, in guten Glauben handelt und ein Spitzeltum bekämpft, das

durch Hinterbringung falscher Nachrichten dem Deutschtum unermesslichen Schaden zufügt.

Redaktion: Politik, Sport und prov. Tell: Dr. Hahlo. — Sport: M. Hochheimer. — Anzeigen: G. Baly. — Druck und Verlag: Bremerburger Druck- und Verlagsanstalt G. Baly, Hannover in Wertheburg.

Die heutige Nummer umfasst 6 Seiten

Das Auge des Buddha

Roman von Friedrich Jacobson

23) (Nachdruck verboten.)

Zweites Kapitel.

Als Ulrich sich am folgenden Nachmittag auf den Weg zu Horde — dem berühmtesten Weintotal Hamburgs — machte, wurden schon die Extrablätter über das Herrenreiten ausgelesen, das während der Vormittagsstunden auf dem Horner Moor stattgefunden hatte. Aus alter Gewohnheit erstand Besten sich einen der fettgedruckten Zeitel und blühte gleichgültig hinein. Sein Almanor war zwar wirklich mit dabei gewesen, aber da seien die Pferde aus den berühmten Rennställen, und wenn Koopmann auch als schneidiger Reiter galt — auf dem Klappen konnte er schwerlich Vorbeeren ernten.

Aber was war denn das?
Da stand groß und breit, noch feucht von der Presse: Erster Preis — der silberne Hammonia-Pokal — Herr Fritz Koopmann aus Bremen auf dem „Almanor“.

Und dann folgte eine kurze Beschreibung, aus der zweifellos hervorging, daß der Klappe nicht nur gestieg, sondern sogar die „Girtel“, das beste Pferd der Hamburger Sportwelt, um eine ganze Kopflänge geschlagen hatte. Es war also kein Bluff, sondern Wahrheit, und Ulrich richtete sich eine Sekunde lang stolz auf; dann lenkte er wieder den Kopf — was half ihm dieser Triumph! Ihm war die Rennbahn für immer verschlossen, und im Zirkus wird man wenig Aufsehens von der Sache machen, denn so was läßt sich nur schwer für das Publikum verwerten.

Koopmann war als höflicher Gastgeber bereits anwesend und beriet mit Herrn Horde verständig die Speisekarte. Er sprach über das ganze Gesicht und begrüßte den Freund mit einem breiten Handschlag.

„Was sagen Sie nun, Westen?“
„Ich bin einfach baff.“

„Ja, offen gestanden, das hätte ich auch nicht erwartet. Der Gaul ist ja großartig in Takt, und auspumpen läßt er sich überhaupt nicht, aber die Hauptfrage bleibt, daß er auf jede Hülse eingeht wie — na wie eben ein Zirkuspferd. Den Sieg müssen wir befehlen, Freunden, und zwar nicht zu knapp: der gefällige Teil kommt zwischen Bier und Kaffee an die Reihe.“

Worin der bestehen sollte, war Ulrich zwar unklar, aber bis zum Nachtschlaf wartete der praktische Bremer Kaufmann nicht. Er legte plötzlich Messer und Gabel hin, tippte auf den Tisch und sagte:

„Also! Der Silberpokal gehört Ihnen zur Hälfte, aber es wäre schade, ihn laputt zu schlagen. Dagegen mache ich Ihnen einen anderen Vorschlag: Verkaufen Sie mir Ihren Almanor.“

„Den brauche ich für den Zirkus, Bereitermeister; die Direktoren stellen kein Zirkuspferd.“

„Ahnung, dieser Ignor Morelli, wie er sich nennt, wird nächstens was anderes stellen, nämlich einen Konkursantrag. Ich habe mich unter der Hand erkundigt, er ist fertig. Das Geschäft lohnt nicht mehr, die großen Tiere können sich nur mühsam halten, die kleinen werden einfach gefressen. Na, was dann?“

„Dann sitze ich allerdings auf der Straße.“

„Wäre schade darum. Wie alt ist der Renner?“

„Sechs.“

„Dann biete ich fünfzigtausend Mark.“

Es trat eine Stille ein; dann sagte Ulrich halb laut:

„Ich kann das nicht annehmen, Koopmann; Sie wollen mir auf die Beine helfen.“

„Auf die Beine helfen? Das tut jeder ordentliche Kerl selbst. Ich bin Kaufmann, vom Scheitel bis zur Sohle, und Sie dürfen sich darauf verlassen, Westen, daß ich kalkulieren kann. Gestern kostete der Gaul sehtausend, heute, nach diesem Erfolg, ist er unter Brüdern das fünffache wert — keinen Groschen mehr oder weniger.“

Er brachte eine dicke Brieftasche zum Vorschein und legte sie auf den Tisch.

„Sie sehen, ich habe den Mannon gleich losgegeben, denn für gewöhnlich trage ich die braunen Lappen nicht so bei mir. Es ist auch ein Beweis, daß ich Eile habe — morgen könnte ein anderer kommen und mir das Geschäft wegnehmen.“

Nach fünf Minuten war die Sache erledigt, denn Koopmann ließ nicht locker, und dann wurde er sehr lustig. „Prost, Winkeff, Westen — den Kalster kriegt ich übrigens zu, das ist allgemeiner Brauch. Und dann noch eins: Der Almanor bleibt gleich in meinem Stall, zu eurem verteuerten Schutzreite gebe ich ihn nicht mehr her. Was? So'n höherer Selbstmord, wie er gestern über euren Zirkus in der Zeitung stand! Hoffentlich hat die junge

Dame keinen Schaden genommen — soll ja übrigens eine Schönheit sein.“

„Ich habe sie eigentlich noch nicht darauf angesehen, Koopmann.“

„Wieder eine kleine Stille; sie waren nun wirklich beim Kaffee und Bier angelangt, und der Bremer Zerkoskönig bot seine Zigarettenanfrage an.“

„Die dürfen Sie ohne Mißtrauen rauchen, Westen — ich dreh' sie selbst, und sie kommt nicht in den Handel. Also, kleine Mädchen sehen Sie nicht an — darf ich mal ausnahmsweise indiskret sein?“

„Sie dürfen alles, Koopmann.“

„Ja, das ist gut gesagt, aber so'ne Sache einzuleiten, ist verdammt schwer. Also vergangenes Jahr in Karlsruhe bei der zweiten Rulle Schum zeigten Sie mir ein Bild; süßes Gesicht, Oberförsterschäferlein, Waldmädchen und so weiter. Sie trugen auch einen Ring. Soll ich aufhören oder Ihren Kartellträger erwarten? Wir sind beide Reserveoffiziere und — Kameraden.“

„Nein“, sagte Ulrich, „ich will Ihnen Rede sehen. Charlotte Radmann und ich — haben allerdings die Verlobung aufgelöst — aus Vernunftsgründen, wissen Sie, weil die Sache so entsetzlich ansichtslos war — aber unsere Herzen hängen noch immer aneinander, ich habe selbst die Probe darauf bestanden.“

Koopmann betrachtete seine Zigarre.

„Das Ding ist schlecht gewickelt — verzehren Sie die kleine Zweideutigkeit. Also um das Verhältnis klar zu stellen: Sie und die junge Dame sind zwar nicht beide verlobt, aber tatsächlich besteht das Verhältnis noch immer, und wenn die Zeitumstände günstiger geworden sind, so werden Sie einander heiraten und sehr glücklich sein. Alles gut und schön, nur ist nichts in der Liebe gefährlicher als ein Freizeitspaar. Glauben Sie nicht auch, lieber Freund, daß ein Waldmädchen sich ganz vortrefflich für den Klappen eignet, und daß gerade jetzt die Stunde gekommen ist, um gewissen Plänen näher zu treten, die ich Ihnen gestern im Kaiserteller auseinandergesetzt habe?“

Es war ganz unmöglich, diesem Ranne gram zu sein, der mit vollkommen gelassener Miene kalkuliert und disponierte, als ob er auf seinem Kontor in Bremen säße, und dem dennoch die echte norddeutsche Herzensgüte aus den Augen leuchtete. Ulrich reichte ihm über den Tisch die Hand.

(Fortsetzung folgt.)